

Nicht nur Kitas unterstützen

Entlastung gefordert für Eltern von Vorschulpflichtigen, die zu Hause betreut werden

Der Kanton muss in seinem geplanten Familienbericht auch Möglichkeiten zur Entlastung von Eltern, die vorschulpflichtige Kinder zu Hause betreuen, prüfen.

SAMUEL THOMI

Der Auftrag ist offen formuliert – die Diskussion im Grossen Rat ergab dennoch, dass der Kanton ernsthaft Modelle prüfen soll, die eine Entlastung von Eltern, die ihre vorschulpflichtigen Kinder zu Hause statt ausserhaus betreuen lassen, zur Folge hätte. Anlass zur bisweilen emotional geführten Debatte war der allgemein gehaltene Vorstoss Marianne Streiff's (EVP/Köniz), der «mindestens» die Ausarbeitung eines Modells von der Regierung verlangte.

Regierung für Familie und Beruf

Da sich diese aber für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausspricht, wollte sie die Motion nicht annehmen. Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (SP) begründete, im Unterschied zur Hausbetreuung seien etwa Beiträge zur Unterstützung von Kindertagesstätten (Kitas) «Massnahmen der Wachstumsstrategie», welche auch in den Richtlinien der Regierungspolitik enthalten seien.

Dem hielt Streiff entgegen, sie wolle diese «Geringschätzung der Familienarbeit» nicht hinnehmen und bemängelte, für junge Eltern bestehe «keine Wahlfreiheit». Sie verwahrte sich gegen den Vorwurf, damit spiele sie traditionelle Familienbilder gegen Kita-Modelle aus. «Genauso vehement, wie ich für familienexterne Kinderbetreuung kämpfe, fordere ich die Gleichbehandlung anderer Modelle» (s. Kasten unten).

HÖHERE KINDERABZÜGE

Der Kanton Bern muss sich beim Bund für höhere Kinderabzüge bei der Bundessteuer aussprechen. Der Grosse Rat beschloss das bereits am Dienstag in Übereinstimmung mit der Regierung. Laut einem Vorstoss Marc Josts (EVP/Thun) sollen Kinderabzüge auf 8800 Franken erhöht werden. Die Fremdbetreuungskosten dagegen wollte er nicht zum Abzug zulassen, solange Familien, die Kinder selber betreuen, nicht gleichgestellt würden und auch einen Abzug gewährt erhielten (vgl. Haupttext). Regierung und Parlament wollten Familien- und familienexterne Betreuung nicht gegeneinander ausspielen und lehnten die Forderung ab. (SAT)

Auf offene Ohren stiess das Anliegen bei der SVP. Laut Bethli Küng (Saanen) aber aus anderen Überlegungen: «Mit ihrer Antwort diskriminiert die Regierung alle Hausfrauen.» Die Begleitung der Kleinkinder in den ersten Jahren sei «erwiesenermassen entscheidend für deren weiteren Lebensverlauf». Auch Daniel Pauli (BDP/Köniz) stellte sich hinter die Prüfung. Im Gegensatz zu Franziska Fritschy (Worb). Die FDP stützte die Regierungshaltung – Unterstützungen des Staates seien auf die externe Betreuung zu beschränken. Für die Prüfung des Anliegens als unverbindlicheres Postulat konnte sich die SP schliesslich erwärmen, so Parteipräsidentin Irene Marti (Bern). Der Vorstoss kam durch. Perrenoud zufolge soll das Resultat in den für Herbst geplanten Familienbericht einfließen.

Neue Kita- und Tagesschul-Tarife

Zwei weitere überwiesene Postulate verlangen Anpassungen der Kita- und Tagesschultarife. Daniel Kast (CVP/Bern) und Hans-Jörg Pfister (FDP/Zweisimmen) wollen Entlastungen für gutverdienende Familien erreichen, die für Kita-Plätze heute oft überproportional mehr zahlen – sodass sich dafür arbeiten oft kaum mehr lohnt.

